

Merkblatt zum Datenschutz

Die nachfolgenden Hinweise sollen Ihnen den Umgang mit Daten im Zusammenhang mit anwaltlichen und notariellen Mandaten verdeutlichen und erläutern. Weiterhin gilt die Verschwiegenheitsverpflichtung des Notars und des Rechtsanwalts, die auch durch das Datenschutzrecht nicht eingeschränkt wird. Auch Datenschutzbehörden haben keinen Zugriff auf die der Verschwiegenheitsverpflichtung unterliegenden Daten. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren Rechtsanwalt oder Notar oder an unsere Datenschutzbeauftragte. Die aktuelle Fassung dieses Merkblattes finden Sie auch auf unserer Webseite www.ip-berlin.de: Am Schluss der dortigen Datenschutzerklärung können Sie das Merkblatt herunterladen, ansehen und ausdrucken.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung

(bei anwaltlicher Vertretung:)

Rechtsanwälte Ibert & Partner, Partnerschaftsgesellschaft, eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg, PR 666 B, Bundesallee 76, 12161 Berlin, Telefon: 030-85 99 65-0; Telefax: 030-85 99 65-11, E-Mail: sekretariat@ip-berlin.de

(bei notarieller Tätigkeit:)

Rechtsanwalt und Notar Oliver Ibert, Bundesallee 76, 12161 Berlin, Telefon: 030-85 99 65-0; E-Mail: notariat@ip-berlin.de

Datenschutzbeauftragte: Anita Nindel, Anschrift wie vor, E-Mail: datenschutz@ip-berlin.de

Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, Art und Zweck und deren Verwendung

Im Falle der Erteilung eines Mandates oder eines notariellen Auftrags werden folgende Daten erhoben:

- Anrede, Titel, Vorname, Nachname,
- (ggf.) Firma, Sitz, Handelsregisternummer, Registergericht,
- Anschrift (Wohn- und/oder Geschäftsanschrift),
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk),
- E-Mail-Adresse,
- Geburtsdatum und -ort,
- Angabe über die Berechtigung zum Vorsteuerabzug,
- weitere Informationen, die für die Verfolgung Ihrer Ziele, zur Geltendmachung oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats oder notariellen Auftrags notwendig sind oder hilfreich sein können. So werden Sie je nach Gegenstand der Tätigkeit auch Angaben zum Familienstand, zu Verwandtschaftsverhältnissen, zum Güterstand, zu Vertretungsverhältnissen, Sprachkenntnissen und zu steuerlichen oder behördlichen Identifikationsnummern oder -kennzeichen machen und Angaben, die sich aus Personenstandsunterlagen oder Ausweispapieren ergeben, mitteilen müssen.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten oder als Urkundsbeteiligten identifizieren zu können,
- um Sie angemessen anwaltlich oder notariell beraten und vertreten zu können und Urkunden rechtskonform gestalten und abwickeln zu können,
- zur Korrespondenz mit Ihnen,
- zur Rechnungsstellung / Kostenberechnung,
- zur Abwicklung von Haftungsansprüchen und zur Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie,
- um Sie über Rechtsfragen und aktuelle Entwicklungen - generell oder im Einzelfall - informieren zu können.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage und ist zu den genannten Zwecken für die Durchführung des notariellen Auftrags (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c, e DSGVO) oder für die angemessene Bearbeitung des Mandats (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO) und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Vertrag mit Ihnen - mit nachfolgenden Ausnahmen - erforderlich.

Außerdem bitten wir Sie um Angaben zu Ihrer

- Bankverbindung und
- Rechtsschutzversicherung (sofern Sie sie in Anspruch nehmen wollen).

Diese freiwilligen Angaben sind für die Erfüllung von Pflichten aus dem Mandatsverhältnis nicht erforderlich, oft aber hilfreich, um

- Fremdgelder an Sie auszukehren,
- Fragen zur Eintrittspflicht einer Rechtsschutzversicherung zu klären,
- eine Abrechnung direkt mit der Rechtsschutzversicherung vornehmen zu können.

Insoweit erfolgt eine Speicherung und Nutzung nur auf Grund Ihrer Einwilligung, die Sie nicht geben müssen und die Sie auch nach Erteilung jederzeit frei widerrufen können. Einzelheiten dazu finden Sie unten unter „Betroffenenrechte“.

Auch einer Nutzung der Daten zur Kontaktaufnahme außerhalb eines Mandatsverhältnisses können Sie jederzeit widersprechen.

Die für die Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht (für Rechtsanwälte derzeit 6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde; für Nebenakten des Notars in der Regel 7 Jahre, Urkundenrolle und Namensverzeichnis zur Urkundenrolle, Urkundensammlung, Erbvertragsverzeichnis und Urkundensammlung einschließlich der gesondert aufzubewahrenden Erbverträge 100 Jahre, wobei der Notar die Aufbewahrungsfristen in begründeten Fällen verlängern kann) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben. Sie haben bei Auftrags- oder Mandatserteilung einer Speicherung bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Ende des Jahres, in dem das Mandat/der Auftrag endet, zugestimmt, sofern Sie diese Einwilligung nicht widerrufen (haben).

Weitergabe von Daten an Dritte

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b, c oder e DSGVO für die Abwicklung eines Mandats oder Auftrags erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrens- oder Urkundsbeteiligte und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte), an Gerichte, Finanzämter, andere Behörden, andere Stellen (z.B. Standesamt, Testamentsregister, Vorsorgeregister, Kreditinstitute) und andere von dem Rechtsvorgang Betroffene zum Zwecke der Korrespondenz, in Erfüllung rechtlicher Pflichten, zur Verfolgung Ihrer Ziele und zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte oder zur Erledigung des Auftrags. Die weitergegebenen Daten dürfen von den Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden, sind dort aber z.B. bei Eintragung in ein Register gegebenenfalls auch einem weiteren Personenkreis zugänglich.

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet ohne Ihre Zustimmung nicht statt.

Das Anwaltsgeheimnis und die notarielle Verschwiegenheitsverpflichtung bleiben unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die einer beruflichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

Internetnutzung und Webangebot

Wenn Sie unsere Webseite aufrufen, werden bestimmte Zugriffsdaten gespeichert, die allerdings von uns nur für statistische Auswertungen zum Zweck des Betriebs, der Sicherheit und der Optimierung des Angebotes genutzt werden. Wir behalten uns jedoch vor, die Protokolldaten nachträglich zu überprüfen, wenn aufgrund konkreter Anhaltspunkte der berechnete Verdacht einer rechtswidrigen Nutzung besteht. Sofern Sie die Webseite über eine Verknüpfung (Link) in einer Google Adwords-Anzeige aufrufen oder wenn Sie besondere Services auf der Webseite nutzen, werden weitere Daten in dem in der Datenschutzerklärung zur Webseite geschilderten Umfang gespeichert, verarbeitet und an Dritte weitergegeben.

Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung zur Webseite.

Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Zur Geltendmachung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte schriftlich an unsere Kanzleianschift oder per E-Mail an uns oder an unsere Datenschutzbeauftragte (datenschutz@ip-berlin.de).

Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Zur Geltendmachung des Widerspruchsrechts gilt das soeben für die Geltendmachung anderer Betroffenenrechte Gesagte entsprechend.